

diesem Haushalt ganz besonders, dass Grundlagen für die Waldökosystem-Forschung gelegt worden sind. Forschung ist ein ganz wichtiger Punkt, um dem Klimawandel und den sich verändernden Rahmenbedingungen entgegenzutreten; denn es geht darum, sich weiterzubilden, auszubilden und fortzubilden, um im Wald wirtschaften, arbeiten und agieren zu können.

Mit diesem Koalitionsvertrag haben wir die Grundlagen für das Waldökologische Institut gelegt. Es ist ein Haushaltvermerk aufgenommen worden, um endlich den Weg gehen zu können, dieses im Koalitionsvertrag festgelegte Ziel umzusetzen.

Vor Wochen hat sich bereits das Forschungsnetzwerk Wald gegründet. Das ist ein ganz wichtiger Schritt, um aus der Praxis heraus Erkenntnisse zu sammeln und diese dann an die Waldbesitzenden weiterzugeben. Nur so wird Waldbewirtschaftung in der Zukunft funktionieren. In veränderten Zeiten, unter veränderten Rahmenbedingungen, bei Klimawandel und Biodiversitätsverlust, müssen die Menschen bzw. die Waldbesitzenden Geduld haben und sich darauf konzentrieren, wie sie die Erkenntnisse des Ökosystems aufnehmen und verarbeiten und mit dem Wald wirtschaften.

Wir wollen Nutzholz produzieren. Wir wollen aber auch die Biodiversität erhalten. Wir wollen den Wald als Klimaschützer, als CO₂-Senke. Dafür werden wir uns einsetzen, und daran werden wir weiterarbeiten. Mit diesem Haushalt ist dafür eine gute Grundlage gelegt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Dr. Kaiser. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Daher sind wir am Schluss der Aussprache und kommen zu den Abstimmungen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 18/6815, den Einzelplan 15 unverändert anzunehmen.

Es liegen allerdings noch einige Änderungsanträge vor, über die wir erst abstimmen.

Wir stimmen zunächst über den **Änderungsantrag Drucksache 18/6967** ab. Antragsteller sind CDU und Grüne. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind die AfD und die FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Antrag, wie gerade festgestellt, **angenommen**.

Dann stimmen wir über den **Antrag Drucksache 18/6968** ab. Antragsteller sind CDU und Grüne. Wer stimmt ihm zu? – Das sind CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das ist die AfD. Wer enthält sich? – Das ist die FDP. Damit ist

dieser Antrag, wie gerade festgestellt, **angenommen**.

Ich rufe nun die Abstimmung über den **Antrag Drucksache 18/6969** auf. Antragsteller sind CDU und Grüne. Wer möchte hierfür stimmen? – Das sind CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das ist die AfD. Wer enthält sich? – Das ist die FDP. Damit ist dieser Antrag **angenommen**.

Als Nächstes stimmen wir über den **Änderungsantrag Drucksache 18/6970** von CDU und Grünen ab. Wer stimmt hier zu? – Das sind CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und AfD. Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Beides ist nicht der Fall. Dieser Antrag ist **angenommen**.

Nun kommen wir zum **Änderungsantrag Drucksache 18/6971** von CDU und Grünen. Wer stimmt hierfür? – Das sind CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, AfD und FDP. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist einstimmig. Damit ist der Antrag **angenommen**.

Jetzt lasse ich über den **Antrag Drucksache 18/7096** der FDP abstimmen. Wer stimmt hierfür? – Die FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Damit ist dieser Antrag, wie gerade festgestellt, **abgelehnt**.

Der fraktionslose Abgeordnete hat nicht an den Abstimmungen teilgenommen.

Wir stimmen jetzt über den Einzelplan 15 ab und kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 15 in der soeben geänderten Fassung selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt diesem Einzelplan zu? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 15 in der soeben geänderten Fassung in der zweiten Lesung angenommen**.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich rufe auf:

Einzelplan 14 Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 18/6814 und die in der Tagesordnung zu diesem Einzelplan aufgeführten Änderungsanträge hin.

Ich eröffne die Aussprache. Als Erster spricht für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Stinka.

André Stinka* (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir in schwie-

rigen Zeiten eines brauchen, dann ist es Mut – Mut zur Veränderung, Mut, damit uns der Auf- und Umbruch in unserem Land gelingen kann; denn es geht um die Zukunft des Landes Nordrhein-Westfalen.

Genau dieser Mut fehlt in Ihrem Haushalt und vor allem auch im Einzelplan 14. In unzähligen Ausschusssitzungen, in denen wir den Einzelplan mehrfach diskutiert haben, hat die Landesregierung vor allem eines nicht getan: aufgezeigt, wie mit diesem Haushalt insbesondere die hintergründigen Aufgaben der Energiewende erfolgreich gemeistert werden können – mal ganz abgesehen davon, dass klassische Wirtschaftsförderung und Mittelstandspolitik in diesem Haushalt nur marginal vorkommen.

Wie soll uns in Nordrhein-Westfalen die Energiewende gelingen, wenn für zentrale Bausteine des Netzausbaus, der Wärmewende und der Erschließung der Geothermie nicht ausreichend Mittel vorhanden sind, und das, obwohl doch die Landesregierung deutlich macht, dass sie Klimaschutz und Transformation nach vorne bringen will? Was bedeutet für Sie „Schwerpunkt“? Womit wollen Sie das in Ihrem Haushalt untermauern? Wie soll das zur Realität passen? Und wie kann das die schwarz-grüne sogenannte Zukunftscoalition hier deutlich machen? Wir finden es nicht.

Für die SPD-Landtagsfraktion ist eines klar: Dieser Einzelplan ist vor dem Hintergrund der Herausforderungen, vor denen wir im Bereich der Wirtschaft, der Industrie, des Klimaschutzes und der Energie stehen, ein Ausfall. Denn gerade die Ansätze, die in den Fokus gerückt werden müssten, weil sie für die Zukunft des Landes notwendig sind, werden von dieser Landesregierung noch gekürzt. Dazu komme ich jetzt im Detail.

Für den Mittelstand wollen wir Ihnen mit unserem Antrag zum Transformationsfonds noch einmal die Chance geben, das nötige Finanzierungsinstrument, das sehr wohl gebraucht wird, endlich einzuführen. Denn die sozialökologische Transformation der nordrhein-westfälischen Wirtschaft ist eine der drängendsten Aufgaben, um die Klimaerwärmung zu begrenzen, die Wertschöpfung in die Industrie und gute Arbeit in der Region zu erhalten und das Land zukunftsfest und wettbewerbsfähig aufzustellen. Im Grunde sind wir uns darüber alle im Klaren.

Andere Bundesländer haben das für sich auch erkannt und handeln. Selbstverständlich ist das Arbeit und sicherlich nicht immer einfach. Länder wie das Saarland machen es uns aber vor, dass das gelingen kann. Man muss das nur wollen und tatsächlich anpacken.

Ich stelle mir deshalb die Frage, wie man den Fakt der Finanzierung so ignorieren kann. Wir alle predigen von Montag bis Sonntag, dass wir ein Industrieland sind. Gleichwohl schaffen wir es nicht, die Unternehmerinnen und Unternehmer, die bereit sind, in

den Klimaschutz und in effiziente Technologien zu investieren, was angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Lage überhaupt nicht mehr selbstverständlich ist, mittels eines Transformationsfonds zu unterstützen.

Das RWI erachtet für Nordrhein-Westfalen Investitionen von jährlich 70 Milliarden Euro als nötig, um den Weg zur Klimaneutralität erfolgreich zu bestreiten. Gleichsam sind es die kleinen und mittleren energieintensiven Unternehmen, die keine hohen Rücklagen bilden können oder die als Zulieferbetriebe ihr Geschäftsmodell neu ausrichten müssen.

Die bisherigen Förderrichtlinien und die Ansätze im Haushalt sind zu kleinteilig und für die große Aufgabe nicht ausreichend. Mit dem Transformationsfonds könnten wir das wichtige Signal in die Wirtschaft, aber auch in die Gesellschaft senden, dass das Land bzw. der Staat Unternehmerinnen und Unternehmer nicht alleine lässt, sondern verlässlich an der Seite derjenigen steht, die mutige Entscheidungen treffen und damit einen entscheidenden Beitrag im Hinblick auf die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen leisten wollen.

Ich wiederhole es gerne: Das Geld für den Transformationsfonds kommt nicht aus dem Landeshaushalt. Das Land sichert den Fonds nur indirekt über seine Beteiligung an der NRW.BANK ab.

Mit der Unterstützung beim Eigenkapital könnten wir die Unternehmen in die Lage versetzen, mittelfristige Investitionen für die Transformation tätigen zu können. Das ist genau das, was wir für unsere Wirtschaft im Moment dringend brauchen. Wie kann es deshalb sein, dass dieser Antrag erneut abgebügelt wird, ohne dass Sie gerade vor dem Hintergrund des Urteils aus Karlsruhe Alternativen aufzeigen? Das zeigt einmal mehr, dass die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen bei Ihnen keinen Schwerpunkt darstellt.

Die kommunale Wärmewende stellt für die Kommunen eine enorme Herausforderung dar. Vor diesem Hintergrund sind wir sehr erstaunt, dass die Mittel für diese Aufgabe, obwohl wir die finanzielle Ausstattung der Kommunen kennen, in Ihrem Ansatz nicht erhöht wurden. Die Kommunen sollten die Landesregierung vor allem dann als verlässlichen Partner an ihrer Seite wissen, wenn es um so einen zentralen Pfeiler der Energiewende geht.

Leider erleben wir immer wieder, dass die Landesregierung keinen kommunalfreundlichen Kurs fährt; das ist uns nicht verborgen geblieben. Sich bei dieser zentralen Aufgabe so wegzustehlen, finden wir jedoch erstaunlich. Die Kommunen bei dieser Planung im Stich zu lassen, anstatt sie zu unterstützen, unterstreicht einmal mehr, dass sich die Landesregierung nicht als Teamplayer, sondern als Solist in Düsseldorf versteht. Wir wollen den Ansatz hier deshalb um 2,25 Millionen Euro erhöhen.

Der Ansatz für die Transformation und für den Ausbau von Nah- und Fernwärmenetzen in Nordrhein-Westfalen soll – man höre und staune – von 38 Millionen Euro im Jahr 2023 auf unter 25 Millionen Euro reduziert werden. Angesichts der Herausforderung, die die Wärmewende mit sich bringt, geht das in eine völlig falsche Richtung. Wenn Mittel zuletzt nicht abgerufen wurden, wie uns das mitgeteilt wurde, muss die Landesregierung die Förderrichtlinie und nicht den Ansatz der Summe überprüfen.

(Beifall von der SPD)

Wir fordern eine Erhöhung des Ansatzes um 100 Millionen Euro, weil Nah- und Fernwärmenetze nach Überzeugung der SPD-Fraktion der wesentliche Baustein für eine klimafreundliche und eine sozial gerechte Wärmewende gerade in den Ballungsräumen in unserem Land sind. Wenn wir den Verbraucherinnen und Verbrauchern am Ende tatsächlich die effektivste und günstigste Heizvariante ermöglichen wollen, müssen die nötigen Infrastrukturinvestitionen getätigt werden.

Den hohen Investitionsbedarf zum Leitungsausbau und zur Erschließung von Abwärme aus Industrie, Abwasser und anderen Quellen der Umgebungswärme können die Energieversorger, die Stadtwerke und letztendlich die Kommunen nicht alleine stemmen, wenngleich sie bereits Dutzende Millionen Euro investieren.

Ich möchte hier gerne die Stadt Dortmund nennen. Die dortigen Stadtwerke geben für Fernwärmenetze aktuell 140 Millionen Euro aus. Das macht deutlich, über welche Größenordnung wir in den nächsten Jahren reden, um die Kommunen und gerade auch die Wärmewende in Nordrhein-Westfalen voranzubringen.

Hier findet also erneut keine Schwerpunktsetzung der Landesregierung statt, und es gibt eine, wie ich finde, klare Aussage, dass man sich gegen die Kommunen stellt.

Sich bei der Tiefengeothermie nur auf Explorationsprogramme zu beschränken, zeigt für mich nur eines: Sie haben das Potenzial der Tiefengeothermie, das im Plenum große Unterstützung findet, für unser Land leider nicht erkannt. Denn anders kann ich mir nicht erklären, weshalb Sie einen so geringen Ansatz gewählt haben.

Der bisherige Ansatz schließt bereits durch seine geringe Höhe aus, dass daraus ein Fündigkeitsrisikoinstrument gespeist werden könnte. Wenn eine Fehlbohrung Verluste von 12 bis 20 Millionen Euro mit sich bringt und Ihr Ansatz gerade einmal bei 15 Millionen Euro liegt, wird das für alle Beteiligten schwierig und bietet keine Anreize, in diese Technologie einzusteigen.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert daher, den Ansatz für die Tiefengeothermie analog zum hohen und

richtigen Ansatz für Wasserstoff zu erhöhen, um Schub in die flächendeckende Bohrung zu bekommen.

Was wäre die Energiewende, von der wir gerade gesprochen haben, ohne Speicher? Meines Erachtens wäre sie perspektivisch unmöglich. Die Landesregierung sieht hierin aber offensichtlich kein Problem, denn bei den Energiespeichern wird der Ansatz einfach von 12 auf 6 Millionen Euro halbiert. Für die SPD-Landtagsfraktion sind Energiespeicher hingegen das entscheidende Rückgrat der Energiewende, denn ohne ausreichende Speicherkapazitäten wird es keine durchgängige verlässliche Energieversorgung durch erneuerbare Energien geben.

Die Kürzungen der Landesregierung sind fatal und vor allem in Anbetracht der Lage, dass sich bisher kaum Speicherbetreiber aus der Deckung wagen und eine Umrüstung ihrer Gasspeicher auf Wasserstoff ankündigen, nicht in die Zukunft gerichtet. Wir alle haben bei unserer Ausschussfahrt nach Gronau aber doch mitgenommen, dass es Anreize bedarf, um hier umzurüsten.

Es braucht nicht weniger, sondern stärkere finanzielle Anreize des Landes im Bereich der Speichertechnologien. Statt hier selbst tätig zu werden und für Sicherheit zu sorgen, wird aber nur mit dem Finger nach Berlin gezeigt. Für eine Landesregierung in Nordrhein-Westfalen reicht das nicht. Die SPD-Fraktion macht deshalb deutlich, dass man als nordrhein-westfälische Landesregierung den Anspruch haben muss, hier eigene Akzente zu setzen. Das zur Prioritätensetzung.

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP])

Für den Einzelplan 14 bleibt mir nur zu sagen, dass ich die Prioritätensetzung, von der ich gerade gesprochen habe, in essenziellen Bereichen der Wirtschaft, Industrie und Energiepolitik nicht erkennen kann. Für die SPD-Fraktion ist schleierhaft, wie Sie so die Zukunft organisieren wollen. Statt Chancen zu nutzen, verheddern Sie sich in kleinteiligen Förderprogrammen und Gesundheitsbetriebe. Das hilft nicht, um die Zukunft hier zu gestalten. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Fraktion der CDU hat nun Dr. Untrieser das Wort. – Bitte schön.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Stinka, ich habe Ihnen sehr genau zugehört und den Eindruck bekommen, dass Sie in den letzten Tagen irgendwie abwesend waren. Sie haben gar nicht mitbekommen, was das Bundesverfassungsgericht zum Haushalt in Berlin entschieden hat. Anders kann ich mir nicht erklären, warum hier Ihre mehr oder

weniger einzige Forderung ist, einen riesigen Transformationsfonds aufzulegen, der jetzt viel Geld aufnimmt und unseren Kindern und Enkeln eine riesige Last in die Wiege legen würde.

(André Stinka [SPD]: Wissen Sie noch ein neues Argument?)

Schauen wir uns doch mal an, was wir gerade machen. Sie haben das Saarland angesprochen. Das Saarland ist in der Tat gerade das einzige Land, in dem die Sozialdemokraten alleine regieren; und da sieht man ja, was da passiert. Dort wird ein Riesen Transformationsfonds aufgenommen; die Tilgung soll im Jahre 2035 beginnen und im Jahre 2070 abgeschlossen sein. Wenn wir das hier in Nordrhein-Westfalen machen würden und ich jetzt Geld ausgeben würde, dann ... Ich bin im Jahr 2070 88 Jahre alt. Meine Tochter wäre 48 Jahre alt. Ich würde meiner Tochter für die Entscheidung, die wir heute treffen, ihr halbes Leben lang zumuten, die Schulden zurückzuzahlen, die wir heute aufnehmen. Das ist keine Politik, die seriös ist, das ist keine Politik, die vernünftig ist, und das ist vor allem keine Politik, die enkeltauglich ist, Herr Stinka und liebe Kollegen von der SPD.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Christof Rasche: Entschuldigung. Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Stinka?

Dr. Christian Untrieser (CDU): Ich habe ja gerade erst angefangen, aber gut.

Vizepräsident Christof Rasche: Dann lassen wir die Zwischenfrage zu. – Bitte sehr, Herr Kollege Stinka .

André Stinka^{*)} (SPD): Herr Untrieser, können Sie mir deutlich machen, wenn Sie Ihrer Tochter im Jahr 2040 eine marode Infrastruktur und keine Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen hinterlassen, weil die Transformation nicht geschaffen wird, was Sie ihr dann antworten werden?

Vizepräsident Christof Rasche: Bitte, Herr Kollege Untrieser.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Vielen Dank für die Frage und für die Verlängerung meiner Redezeit. Ich komme gleich zum Kern: Das ist ja die wichtige Aufgabe von Politik, dass sie Prioritäten setzt.

(Heiterkeit von André Stinka [SPD])

Es ist ja nicht so, dass das Geld gar nicht da wäre, denn wir haben Rekordsteuereinnahmen in Bund,

Ländern und Gemeinden. Es kommt darauf an, das Geld vernünftig auszugeben.

(Dietmar Brockes [FDP]: Aha!)

Und genau das machen wir in Nordrhein-Westfalen.

Wir machen zum Beispiel in diesem Gesamthaushalt eine Sache: Wir zahlen 3 Milliarden Euro Schulden zurück, die wir in den letzten drei, vier Jahren aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage, aufgrund von Coronakrise und Krieg ausgegeben haben. Es war komplett richtig, in den letzten Jahren diese Schulden aufzunehmen. Aber das belastet natürlich unseren Haushalt schon in diesem Jahr. Wenn wir diese 3 Milliarden Euro nicht in diesem Haushalt hätten, dann könnten wir so viele tolle Dinge machen. Es ist trotzdem richtig, dass wir die Schulden aufgenommen haben, aber es zeigt gleichzeitig, dass ich nicht jetzt schon wieder Schulden für ein neues Sondervermögen, für noch einen neuen Transformationsfonds – oder wie auch immer man das nennen will – aufnehmen kann, denn das beschneidet die Möglichkeiten der nächsten Haushaltsgesetzgeber und letztlich der nächsten Generation.

(Beifall von der CDU)

Wir machen das deswegen anders hier in Nordrhein-Westfalen. Wir haben klare Prioritäten im Haushalt. Wir haben eine Priorität gesetzt auf Kinder, auf Bildung, auf Sicherheit und – dann komme ich auch zum Einzelplan – auf Investition, auf Klimaschutz und auf ein wirtschaftsstarkes Nordrhein-Westfalen.

Das sehen Sie auch daran, dass die Investitionsquote in Nordrhein-Westfalen steigt, und zwar um 0,3 Prozentpunkte immerhin auf 10,8 % global für den ganzen Haushalt, und speziell im Einzelplan 14 – Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie – steigen die Ausgaben für Investitionen immerhin um 9 %. Also, wir investieren an den richtigen Stellen.

Um konkret zu sagen, was das bedeutet: Wir haben im Jahr 2024 390 Millionen Euro für Klimaschutz und Energiewende. Hinzu kommen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1,8 Milliarden Euro. Daran sehen Sie, dass wir in der Transformation unseres Bundeslandes sehr viel vorhaben. Das gibt Planungssicherheit für die Unternehmen; die Unternehmen können mit uns rechnen. Sie haben damit einen vernünftigen und starken Partner an ihrer Seite.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir stellen in diesem Haushalt 243 Millionen Euro für die Wirtschafts- und Mittelstandsförderung bereit. Der Mittelstand ist das starke Rückgrat unserer Wirtschaft. Wir wollen diese Menschen, die hart arbeiten, weiter unterstützen, und deswegen haben wir da eine große Summe.

Bürokratieabbau – das ist jetzt auch Haushalt, aber nicht nur –: Wir stellen im Haushalt zum Beispiel für die zentrale Plattform Wirtschafts-Service-Portal

Geld zur Verfügung. Wir wollen Wirtschaftsverwaltung weiter digitalisieren und insgesamt digitale Dienstleistungen für die Wirtschaft anbieten. Das ist ein wichtiger Punkt; der kostet auch Geld, macht das Leben aber für Unternehmerinnen und Unternehmer, für den Mittelstand einfacher.

Dazu gehört aber auch der Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung – ich nenne ihn mal so. Es ist ganz wichtig, dass sich Bund und Länder jetzt darauf geeinigt haben. Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten in die Umsetzung gehen und für einen wirksamen Bürokratieabbau sorgen. Auch das ist Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen.

Im Bereich Energie machen wir sehr viel. Wir müssen das Energieangebot erhöhen, und wir machen das, indem wir die Möglichkeiten für erneuerbare Energien ausweiten. Im Windenergieausbau sind wir fast allen anderen Bundesländern weit enteilt. Wir sind weit an der Spitze, was Genehmigungen und Ausschreibungsmengen angeht. Hier geben wir richtig Gas. Auch bei der Photovoltaik kommen wir voran.

Dazu muss aber auch gehören – das kann ich Ihnen nicht ersparen, Herr Stinka –, manchmal nach Berlin zu zeigen. Denn wenn wir erneuerbare Energien stark ausbauen, dann brauchen wir auch eine Lösung für die Zeit, in der der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint. Dafür brauchen wir die Gaskraftwerke, die langfristig mit Wasserstoff betrieben sein wollen, und dafür muss der Bund endlich einen vernünftigen Rahmen schaffen. Wir warten seit sehr langer Zeit darauf. Setzen Sie sich bitte dafür ein, dass das kommt, denn sonst kann die Energiewende in Nordrhein-Westfalen nicht gelingen.

(Beifall von der CDU)

Sie haben gerade einen kleinen Vorschlag gemacht – ich meine, die FDP hat das als Änderungsantrag eingebracht – und sagen, wir müssten die Speicher besser fördern. Schauen Sie sich doch bitte mal an, was für eine Dynamik gerade im Bereich „Speicher“ am Markt herrscht. Schauen Sie sich wirklich einmal an, was in den ersten zehn, elf Monaten dieses Jahres an neuen Speicherkapazitäten installiert worden ist. Das ist enorm. Wir haben da fast einen ähnlichen Aufwuchs wie bei der Photovoltaik. Das zeigt ja, dass das Speichern in ganz vielen Bereichen bereits wirtschaftlich ist, weil ich den Strom zwischenspeichern und dann in den Zeiten nutzen kann, in denen ich sonst Strom aus dem Netz kaufen müsste. Wir fördern natürlich auch die Speichertechnologie noch weiter, innovative Projekte.

(Christian Loose [AfD]: Ich dachte, das ist wirtschaftlich!)

– Ja, aber ich glaube nicht, dass wir das in einem so großen Maße machen müssen, wie Ihre Anträge das

vermuten lassen. Wenn es sich selber rechnet, muss ich das auch nicht fördern.

Wir machen viel bei der Geothermie. Es gab dafür noch nie 15 Millionen Euro Förderung in diesem Land Nordrhein-Westfalen. Klar, Sie können sagen: Das muss mehr sein. – Ich würde auch gerne mehr Geld da reinstecken. Da kommen wir aber wieder dazu, was eigentlich da ist. 15 Millionen Euro sind eine ganze Menge. Der Förderbescheid wurde in dieser Woche in Münster übergeben. Da sieht man ein ganz konkretes Projekt. Die Stadtwerke Münster, die ein Fernwärmenetz betreiben, werden ihre gesamte Wärmeerzeugung in der Stadt Münster mit tiefer Geothermie treibhausgasneutral machen. Da sehen wir doch an konkreten Punkten, wie Förderpolitik und vernünftige Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen funktioniert.

Wir sind aber auch bei ganz neuen Technologien dabei. Ich möchte die CCU- und die CCS-Technologie ansprechen. Wir kriegen beispielsweise die Zementindustrie nur klimaneutral, wenn wir das CO₂ abscheiden und dann speichern oder anderweitig nutzen. Das sind natürlich tolle Technologien, aber die kosten noch Geld, und da stellen wir welches zur Verfügung. Im Bereich „Innovation“ stehen große Summen für Quantencomputing, künstliche Intelligenz, Robotik, Cybersicherheit, Halbleiter und Mikroelektronik bereit. Das ist auch ganz wichtig. Das sind Zukunftstechnologien für unser Land.

Zu guter Letzt möchte noch einmal den großen Bereich „Wasserstoff“ ansprechen. Die meisten der Kollegen hier waren wohl mittlerweile auch schon mal in Duisburg und haben sich bei thyssenkrupp angeguckt, was das für ein Projekt ist. Wenn man dort mit dem Management oder auch mit den Mitarbeitern spricht, sagen die: Auf das, was wir hier in Duisburg machen, schaut sozusagen die ganze Welt. Das gibt es quasi nirgendwo anders. – Es ist deswegen ein ganz tolles Projekt, weil wir dort am Ende mit Wasserstoff in einer Direktreduktionsanlage grünen Stahl produzieren werden. Das bedeutet eine Einsparung von 20 % CO₂ am Standort in Duisburg. Das macht in Nordrhein-Westfalen 8 % der gesamten Industrieemissionen aus. Da sieht man, was für ein spannendes Projekt das ist. Deswegen ist es wichtig, dass wir das im Haushalt auch mit einer sehr, sehr hohen Summe, nämlich mit 700 Millionen Euro insgesamt, unterstützen.

Es gibt aber auch weitere Wasserstoffprojekte. 1 Milliarde Euro an Fördergeldern steht für den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft bereit. Da muss ich aber wieder mal einen Schwenk nach Berlin machen. Wir haben jetzt bei vielen Projekten und Unternehmen in Nordrhein-Westfalen die Sorge, ob die eigentlich schon zugesagten Summen an Fördergeldern auch fließen. Ich kann nur noch mal an alle Parteien appellieren, die hier oder in Berlin Verantwortung tragen: Sorgen Sie dafür, dass diese tollen Zukunfts-

projekte, die jetzt Anschubfinanzierung brauchen, dieses Geld auch bekommen, dass das in Berlin schnell geregelt wird und wir schnell Sicherheit haben. Denn nur dann wird es in Nordrhein-Westfalen in diesem Bereich zu Innovation und neuer Technologie kommen.

Ich habe es gesagt: Wir hätten alle gerne mehr Geld, aber wir müssen mit dem auskommen, was da ist. Insgesamt setzen wir in diesem Haushalt die richtigen Prioritäten. Eine davon ist der Umbau der Wirtschaft für ein starkes und klimafreundliches Nordrhein-Westfalen. Mit diesem Haushalt im Einzelplan 14 legen wir eine sehr gute Basis für das kommende Jahr und darüber hinaus. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Fraktion der FDP hat nun der Kollege Dietmar Brockes das Wort.

Dietmar Brockes* (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da wir heute über den Haushalt des Wirtschaftsministeriums sprechen, halte ich es für angebracht, dass man sich als Erstes die wirtschaftliche Lage in diesem Land anschaut – gerade nach anderthalb Jahren Amtszeit der Wirtschaftsministerin Frau Neubaur.

Wir befinden uns auf dem Weg in die Rezession. Wir haben einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 1,3 % im ersten Halbjahr. Bei den wirtschaftlichen Entwicklungen liegt Nordrhein-Westfalen im Bundesländervergleich auf dem kläglichen 14. Platz. Produktion und Auftragseingänge der Industrie und der Export von Gütern sind im Sinkflug. Für das Jahr 2023 wird insgesamt mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung von 1,1 % gerechnet – deutlich schlechter als der Bundesdurchschnitt.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Die Zahl der Baugenehmigungen ist eingebrochen. Die genehmigte Wohnfläche im Wohngebäudebereich lag im zweiten Quartal dieses Jahres um 35 % niedriger und im Nichtwohngebäudebereich sogar 40 % als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Geschäftserwartungen der Wirtschaft sind so niedrig wie zur Zeit der Finanzkrise 2008. Mit einer Investitionsquote von 17,2 % des BIP liegen wir deutlich unter der durchschnittlichen Investitionsquote aller anderen westdeutschen Bundesländer von 24 %.

Da müsste man doch denken, die Landesregierung hätte ein Konzept, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln, und dieses fände sich auch im Haushalt wieder. Aber nein, das Gegenteil ist der Fall. Hier ist nur Plan- und Tatenlosigkeit. Hilferufe nach Berlin, nach Subventionen, aber kein eigener Bürokratieabbau, keine eigenen Planungs- und Genehmigungsbeschleunigungen, kein Digitalisierungsschub – Frau Ministerin

Neubaur, was Sie hier abliefern, ist für dieses Bundesland deutlich zu wenig.

(Beifall von der FDP)

Jetzt wäre eigentlich der richtige Zeitpunkt für eine aktive Wirtschaftspolitik, um verstärkt in Zukunft und Innovationen zu investieren. Aber was macht diese Landesregierung? Gestrichen werden jetzt Fördermittel für disruptive zukunftsfähige Technologien, die auch die Wirtschaft und die Industrie zukunftsfähig machen würden. Quantencomputing, KI, Robotik, Cybersicherheit, 5G, digitaler Mittelstand – überall dort werden in diesem Haushalt insgesamt 100 Millionen Euro gestrichen. Ebenso wird die Förderung für zukunftsfähige und klimafreundliche Infrastruktur zusammengestrichen.

Es wird weniger ausgegeben für Kommunen bei der kommunalen Wärmeplanung, obwohl wir sie alle haben wollen, weniger für den Ausbau von Nah- und Fernwärme und weniger für Energiespeicher. Mittel für die Exzellenz Start-up Center sowie für Förderprogramme wie „Mittelstand Innovativ & Digital – alles wird zusammengekürzt. Frau Ministerin, das ist unverantwortlich.

Jetzt kommt mit Sicherheit wieder das Argument, dass wir einen Sparhaushalt hätten. Nein, Frau Ministerin, wir haben keinen Sparhaushalt, denn Ihr Haushalt hat sich auch nach der Coronapandemie erhöht. Er ist heute höher als 2019, also vor der Krise. Dieses Argument gilt demzufolge nicht.

(Beifall von der FDP)

Das Problem ist, dass Sie falsche Schwerpunkte setzen. Das Problem ist, dass Sie nicht das tun, was die Wirtschaft eigentlich bräuchte, sondern das, was Ihre grüne Ideologie vorgibt.

(Beifall von der FDP)

Denn – das ist ein Zitat –: Nur Haushaltstitel würden gestärkt, die zum Erreichen der Klimaziele dienen. – Hier werden 48 Millionen umverteilt. Dabei kann und will die Landesregierung aber nicht begründen, wie viel CO₂ dadurch konkret eingespart wird und inwiefern die umverteilten Mittel wirklich dem Klimaschutz dienen.

Im Bereich der Klimaschutztechnik wird gefördert, was längst schon marktfähig ist und wonach bereits eine große Nachfrage besteht – und das, Frau Ministerin, macht nur die Preise kaputt.

Ich gebe einige Beispiele: Unter dem Titel „Klimaschutzinvestitionen für die Industrie“ sind – denken Sie mal daran, dass für Innovationen 100 Millionen gestrichen wurden – seit dem vergangenen Jahr 120 Millionen Euro abrubereit. Sie wurden jetzt um 40 Millionen Euro auf 160 Millionen Euro erhöht, aber nicht angerührt, weil offenbar nicht klar ist, wie Sie, Frau Ministerin, diese Mittel konkret einsetzen wollen. Bis heute hat sich dort nichts getan.

Oder andersherum: Die Landesregierung stellt Zuschüsse und Darlehen zur Verfügung, die die Wirtschaft gar nicht will. Von den 415 Millionen Euro aus dem Sondervermögen, die im Umweltministerium zur Unterstützung der Wirtschaft zur Verfügung gestellt wurden, wurden bis dato gerade einmal 21 % abgerufen. Der Förderkredit des Landes mit dem Titel „Weg vom Gas“ wurde von so gut wie keinem Unternehmen in Anspruch genommen.

Meine Damen und Herren, dies macht deutlich: Diese Landesregierung macht eine Politik, die an den Bedürfnissen der Wirtschaft, des Mittelstands und der Bürgerinnen und Bürger völlig vorbeigeht.

(Beifall von der FDP)

Wir bräuchten stattdessen einen Haushalt, der bessere Standortbedingungen schafft, damit die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen wettbewerbsfähiger wird und hier in die Zukunft investiert wird. Wir brauchen Innovationsanreize für den Ausbau moderner Energieinfrastrukturen, den Ausbau von Nah- und Fernwärme, Wasserstoff-Pipelines und Energiespeicher. Wir brauchen Investitionsanreize für Forschung und Entwicklung in Schlüsselbranchen, die dieses Bundesland zukunftsfähig aufstellen: KI, Quantencomputing, Robotik, Chipdesign und vieles mehr.

Wenn wir unser Land umbauen wollen, brauchen wir dafür auch kluge Köpfe und vor allem viele starke Hände. Wenn wir Fachkräfte brauchen, dann gilt das vor allem im Handwerk. Die Meisterausbildung muss endlich so kostengünstig sein wie ein Studium.

(Beifall von der FDP)

Wir schlagen Ihnen mit unseren Änderungsanträgen ein Alternativprogramm vor. Dies kostet keinen Cent mehr, bringt aber mehr für den Standort Nordrhein-Westfalen, nämlich eine Agenda für moderne Energieinfrastruktur, innovative Zukunftstechnik und mehr Meister; dies unterstützt von einem Genehmigungsturbo durch Digitalisierung und Bürokratieabbau.

(Beifall von der FDP)

Ein solches Programm für Wachstum stärkt den Standort Nordrhein-Westfalen; dies wäre hier angebracht. Ihren Haushaltsentwurf müssen wir leider ablehnen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Fraktion der Grünen hat nun der Kollege Jan Matzoll das Wort. – Bitte sehr.

Jan Matzoll (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Zuge der Beratungen über den Haushalt ist schon sehr viel über die Energiekrise sowie über die in diesem Kontext entstandene Wirtschaftskrise und ihre Folgen

auf öffentliche Haushalte und natürlich insbesondere auf den Landeshaushalt gesprochen worden.

Nun steht also der Einzelplan 14 im Fokus, der sich mit dem Themenkomplex „Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie“ beschäftigt. In diesem Einzelplan muss in Zeiten knapper Mittel, wie in fast allen anderen Einzelplänen auch, gezielt priorisiert werden.

Dieser Einzelplan muss aber einen besonderen Spagat leisten: Er ist ein Sparhaushalt

(Dietmar Brockes [FDP]: Nein!)

– ja, Herr Brockes – als Folge der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Gleichzeitig kommt ihm aber auch ein nicht unwesentlicher Teil der Verantwortung zu, genau diese Rahmenbedingungen in Zeiten einer notwendigen Transformation wieder zum Positiven zu verändern. Die Wirtschaftspolitik in unserem Land steht also vor der herausfordernden Aufgabe, mit weniger Mitteln mehr Impact zu erzielen.

Wie muss aktive Industriepolitik in der Transformation aussehen? Wie sollte das Verhältnis zwischen dem Markt und dem Staat als Regulator und Förderer ausgestaltet werden? Wie kann uns die Energiewende gelingen? Welche Hebel sind dafür entscheidend? – Ich glaube, trotz allem Dissens, der bei diesen Fragen besteht, sind wir uns als demokratische Fraktionen in diesem Hause sehr einig darüber, dass die erfolgreiche Transformation der Industrie und Wirtschaft in unserem Land ganz entscheidend dafür ist, ob uns die Trendwende in der Klimakrise gelingt und wir auch in Zukunft gut bezahlte, tarifgebundene und sichere Arbeitsplätze in NRW haben werden.

Die aktuellen Wirtschaftsdaten und auch die Gespräche mit Unternehmerinnen und Unternehmern in diesem Land machen derzeit alles andere als Mut. Schon vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu den 60 Milliarden Euro aus dem Klima- und Transformationsfonds war die Stimmung verhalten bis schlecht. Mit der Ungewissheit darüber, wie zentrale Elemente zukunftsweisender Klima-, Energie- und Wirtschaftspolitik zu finanzieren sind, hat sich die Lage weiter dramatisch verschlechtert.

Viele Unternehmen, die selbstbewusst den Weg zur Klimaneutralität, den Weg zur Kreislaufwirtschaft beschreiten wollen, halten sich mit Investitionen zurück oder investieren außerhalb NRWs, außerhalb Deutschlands und oftmals auch außerhalb Europas. Die Zukunft unserer Industrie, der Wohlstand unseres Landes stehen auf dem Spiel. Die Zukunft unseres Mittelstandes steht auf dem Spiel, der anders als Weltkonzerne nicht einfach entscheiden kann, statt in NRW in China zu investieren, der nicht einfach dahin gehen kann, wo die Rahmenbedingungen besonders günstig sind.

Wir reden also nicht nur darüber, dass Arbeitsplätze und Wertschöpfung verlagert werden, sondern auch

darüber, dass Arbeitsplätze, Wertschöpfung und einmaliges Know-how unwiederbringlich verloren gehen, wenn uns die Trendwende nicht gelingt.

Für diese Trendwende legt der Einzelplan 14 die Grundlage. Hier finden die richtigen Priorisierungen statt, die den Weg zu einer zukunftsfesten Energieversorgung und einer zukunftsfesten Wirtschaft stützen, denn – und da sind sich die demokratischen Fraktionen einig – für eine zukunftsfähige, wettbewerbsfähige Industrieregion müssen wir in die Transformation hin zur Klimaneutralität und in die Energiewende investieren. Das gilt auch im Zeichen knapper Kassen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Was leistet dieser Haushalt unter der Maßgabe, dass Zusatzanstrengungen in den Klimaschutz nicht am Status quo gemessen werden können, sondern nur an einer Welt, in der durch Nichtstun hohe Schäden entstehen und Klimaanpassungsmaßnahmen nur kostspieliger werden, wenn Klimaschutzmaßnahmen ausbleiben bzw. verschleppt werden?

Ein zentraler Faktor ist hier eine zielgerichtete Innovationspolitik. Die haushaltspolitischen Realitäten verringern den finanziellen Spielraum. Insofern steht hier ganz besonders die Frage im Raum, die ich am Anfang schon aufgeworfen habe: Wie erziele ich mehr Impact mit weniger Mitteln? Und: Wie schneide ich Mittel in der Innovationsförderung gezielt auf die Eigenheiten und Bedürfnisse des Landes Nordrhein-Westfalen zu?

Mit Förderlinien, die sich konsequent an unseren Zielen ausrichten und an der sowohl industriell als auch mittelständisch geprägten NRW-Wirtschaft orientieren, leistet die Landesregierung einen wichtigen Transformationsbeitrag, um Nordrhein-Westfalen als moderne, zukunftsorientierte Demonstrationsregion zu etablieren. Das geht nur im engen Austausch und unter Einbindung der Stakeholder.

Wichtig ist beispielsweise auch die Unterstützung von Innovationsregionen, etwa über das Netzwerk „it's OWL“. Die Titelgruppe 60 zur Förderung von Mikroelektronik und Halbleitern ist ein gutes Beispiel dafür, Anreize für zukunftsgerichtete Investitionen zu setzen, einen Beitrag dazu zu leisten, dass Wertschöpfungsketten für wichtige Produkte für breite Teile der Wirtschaft in Europa aufgebaut und langfristig gesichert werden können. Das geschieht mit dem Ziel, Risiken zu verringern und krisenresilienter zu werden.

Nordrhein-Westfalen zeichnet sich aber bereits jetzt durch die Tiefe und die Breite der Wertschöpfungsketten vor Ort aus. Anders als andere Teile Deutschlands ist NRW gerade in der chemischen Industrie und verwandten und angeschlossenen Bereichen ein Land der kurzen Wege, der tiefen regionalen

Wertschöpfung, der branchenübergreifenden Verbünde und Synergien.

Das macht uns einerseits stark und sichert Wettbewerbsfähigkeit in Zeiten, in denen andere Regionen bei Aspekten wie Energiepreisen und Planungsgeschwindigkeiten weit vor uns liegen. Andererseits drohen unkalkulierbare Dominoeffekte, wenn dieser Verbund ins Ungleichgewicht gerät.

Die zentralen Fragen lauten also: Wo gilt es, Verlagerung von Wertschöpfungsteilen zu verhindern, um diese Dominoeffekte zu vermeiden? Was sind die zentralen Grundpfeiler unserer Industrie und Wirtschaft, um diesen Verbund zu stärken und in ein neues Zeitalter zu führen?

Hier setzt die Landesregierung beispielsweise mit der Förderung von grünem Stahl in Duisburg klare Prioritäten für eine starke klimaneutrale Industrieregion. Damit der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft gelingt, sind Leuchtturmprojekte notwendig, welche zugleich die Wasserstoffproduktion, -infrastruktur und -anwendung anreizen.

Die notwendige Stärkung der Wasserstoffwirtschaft gehen wir an. Mit der Titelgruppe 74 „Wasserstoff – Energieträger der Zukunft“ sowie der Titelgruppe 76 „Aufbau des Innovations- und Technologiezentrums Wasserstofftechnologie“ unterstützt die schwarz-grüne Zukunftscoalition mithilfe des Bundes den Aufbau der Wasserstoffwirtschaft über die gesamte Prozesskette. Mit dem Aufbau des Innovations- und Technologiezentrums Wasserstofftechnologie in Duisburg wird eine wissenschaftlich hochfundierte Expertise aufgebaut, die national und international ausstrahlt.

Klar ist aber auch: Der EU und dem Bund kommen aufgrund des immensen Umfangs der Herausforderungen und der hierfür notwendigen Finanzmittel entscheidende Bedeutung zu. NRW und seine besonderen Strukturen kennt aber niemand besser als die Menschen in NRW. Daher ist es mit Blick auf die spezifischen Rahmenbedingungen und die Wirtschaft so wichtig, dass das Land geeignete flankierende Maßnahmen ergreift und mithilft, dass möglichst viele der für Transformation zur Verfügung stehenden EU- und Bundesmittel zielgerichtet in NRW zum Einsatz kommen und von allen Unternehmen bestmöglich genutzt werden können.

NRW hat darüber hinaus eine hervorragende Wissenschaftslandschaft, eine forschungsstarke Wirtschaft. Damit haben wir hervorragende Ausgangsbedingungen, um die notwendigen Transformationsprozesse erfolgreich zu gestalten. Dieses Know-how von Wissenschaft und Wirtschaft kann mit den richtigen flankierenden Maßnahmen eine Innovations- und Investitionsdynamik auslösen, um eine gute Positionierung auf den nationalen und globalen Märkten zu erreichen.

Über die Förderung von „progres.nrw – Innovation“ beispielsweise als Teil der Titelgruppe 69 „Innovationen für das klimaneutrale Energie- und Wirtschaftssystem der Zukunft“ werden Vorhaben der industriellen Forschung bis hin zur Umsetzung von Pilotprojekten und Prototypen unterstützt. Dabei sollen vor allem über anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung Prototypen und Pilotprojekte in den Bereichen „erneuerbare Energien“, „intelligente Netze“, „Wasserstoff“, „effiziente Speichertechnologien“ sowie „klimaneutrale Prozesse“ gefördert werden.

Im Bereich der Umsetzung der Energiewende ist zudem Titelgruppe 66 „Transformation und Ausbau der Nah- und Fernwärme in NRW“ positiv hervorzuheben sowie der damit verbundene Posten für Energiespeicher, Titelgruppe 67, welcher vorsieht, dass neben Batteriespeichern auch Systeme auf Basis von Power-to-Heat und Power-to-Gas gefördert werden sollen.

Dabei ist nicht nur Bezug zu nehmen auf die Ausweitung von Fern- und Nahwärme, sondern es geht mit Blick auf den Ausstieg aus der Kohleverstromung und damit aus den Kohle-KWK-Anlagen sowie die Zielsetzung der Treibhausgasneutralität insbesondere auch um die Frage, wie Wärme klimaverträglich erzeugt und in die Netze eingespeist werden und die Versorgung sichern kann.

Kommen wir zum Abschluss zu einem Resümee: In Anbetracht der Vielfalt der heutigen Krisen kann ein Haushaltsplan für die Bereiche „Wirtschaft“, „Industrie“, „Klimaschutz“ und „Energie“ wahrscheinlich nie allen den Eindruck vermitteln, dass genug getan wird. Dafür sind die Herausforderungen, die Transformationserfordernisse, die Investitionserfordernisse zu groß. Was dem Einzelplan 14 aber trotz der Haushaltslage, trotz der Hiobsbotschaften aus Berlin und aus der Wirtschaft – wie gerade die Schließung deutscher Michelin-Standorte – gelingt, ist eine klare Priorisierung auf nachhaltige, klimaneutrale Innovation,

(Beifall von Tim Achtermeyer [GRÜNE])

auf Kreislaufwirtschaft und auf das Gelingen der Energiewende auf allen Ebenen, vom Ausbau der Windenergie über Speicher und kommunale Wärmenetze bis hin zum Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft.

Machen wir uns nichts vor: Ohne bezahlbare Energie ist alles nichts. Der Ausbau der Erneuerbaren muss weiter beschleunigt werden. Sonst hat energieintensive Industrie in NRW keine Zukunft. Hier hat die schwarz-grüne Landesregierung eine viel beachtete Trendwende hingelegt.

Die Richtung stimmt also, und die Priorisierungen stimmen. Wir stimmen dem vorliegenden Entwurf für den Einzelplan 14 aus voller Überzeugung zu und freuen uns auf weiterhin konstruktive, an den Inte-

ressen des Landes orientierte Debatten über Energie und Wirtschaftspolitik hier im Plenum und im Ausschuss mit unseren demokratischen Kolleginnen und Kollegen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Fraktion der AfD hat nun Herr Loose das Wort, bitte sehr.

Christian Loose^{*)} (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Russen kommen, und die Krise ist da. Wir haben einen Notstand. Deshalb dürfen sinnvolle Haushaltsregeln nicht mehr gelten. – So oder so ähnlich ist die Argumentation der Regierung.

Und so greift der Finanzminister in dieser Zeit der Notlügen mit großer Dreistigkeit in die Pensionskasse und nimmt noch mal 300 Millionen Euro heraus, damit Deutschland, nein, NRW mit diesem Geld das Wetter der ganzen Welt verändern kann.

Was sich wie der irre Plan von Größenwahnsinnigen anhört, ist der irre Plan von Größenwahnsinnigen. So möchte die Landesregierung für die 200 Jahre alte Wasserstofftechnologie 130 Millionen Euro hart erarbeitetes Geld der Steuerzahler verschwenden – für Wasserstoff, den die Landesregierung gar nicht hat. Sie möchte diesen stattdessen aus Afrika importieren – wo genau aus Afrika, das sagt uns zum Beispiel der noch amtierende Bundeskanzler Olaf Scholz. So schreibt die Rheinische Post am 30. Oktober dieses Jahres – Zitat –:

„Scholz sieht Nigeria als potenziellen Wasserstoff-Lieferant.“

Nigeria – das scheint ein Land zu sein, wo Strom für die Elektrolyse im Überfluss fließt. Doch weit gefehlt! In Nigeria haben 65 Millionen Menschen gar keinen Zugang zu einer Stromversorgung – 65 Millionen Menschen! Und NRW und Deutschland wollen jetzt nicht etwa, dass Nigeria die eigene Bevölkerung endlich mit Strom versorgt. Nein, die Nigerianer sollen gefälligst erst mal PV-Anlagen hinstellen und mit diesem Strom jetzt Wasserstoff für NRW produzieren. Parallelen zur Kolonialzeit, meine Damen und Herren, sind rein zufällig.

Wir als Alternative für Deutschland sagen aber ganz klar: Wir wollen keine neuen Subventionen für eine 200 Jahre alte Technologie. Wir wollen keine neue Ausbeutung der Afrikaner. Wir wollen keine Verschwendung von 130 Millionen Euro für Ihre Wasserstofffantasien. Nicht mit der AfD!

(Beifall von der AfD)

Wir könnten das Geld stattdessen für sinnvolle Investitionen ausgeben. Gerade für die Unternehmen und

die daran hängenden Arbeitsplätze sind die Rahmenbedingungen nämlich entscheidend: funktionsfähige Brücken – da könnten wir mal Herrn Wüst fragen –, Autofahren ohne Staus – vielleicht hat ja der abgebrochene Biologiestudent, hier heute als Minister, eine Aussage dazu –, auch zuverlässige Zugverbindungen für Bürger und für Waren. Ebenso brauchen wir Fachkräfte. Doch das geht nur mit Investitionen in Schulen und Universitäten.

Doch Sie von der grünen CDU verweigern sich diesen entscheidenden Investitionen und verschleudern das Geld lieber für Klima-Klimbim, beispielsweise 40 Millionen Euro für angeblich emissionsarme Mobilität. Was das heißt, sehen wir in Bielefeld. Dort hat das Land mit dem hart erarbeiteten Geld der Steuerzahler Wasserstoff-Müllautos subventioniert, die dreimal so teuer sind wie normale Müllautos, die dann aber 40 km ins entfernte Nachbarstädtchen fahren müssen, weil die Tankstelle in Bielefeld nur für Wasserstoff-Busse zugelassen ist.

Weitere Millionen will das Land für die Subvention von E-Autos und E-Bussen verschwenden – und das, obwohl nicht nur Nigeria, sondern auch Deutschland bereits ein Problem mit einer ausreichenden Stromversorgung hat. Das führt so weit, dass die Bundesnetzagentur nun verkündete, die Stromversorgung für Haushalte mit einer Wallbox für E-Autos oder mit Wärmepumpen zukünftig auf 4,2 kW zu drosseln, wenn das Netz wieder mal einen Engpass hat.

Für den Wärmepumpenbesitzer und Tesla-Fahrer bedeutet dies, dass er dann 15 Stunden lang in der kalten Bude hocken muss, bis sein Auto wieder geladen ist. So sieht die neue Welt der Zukunftscoalition von CDU und Grünen aus. „Zukunft“ heißt hier Mangelverwaltung wie zu Zeiten der DDR.

Doch die DDR – das kennen wir schon – wollen wir nicht. Meine Damen und Herren, wir als AfD wehren uns gegen jegliche Versuche, diese Zeiten des Sozialismus wiederzubeleben. Wir stehen klar für die soziale Marktwirtschaft im Sinne eines Ludwig Erhard.

(Beifall von der AfD)

Mit 10 Millionen Euro subventioniert die Landesregierung auch Klimairrsinn in den Kommunen, beispielsweise für sogenannte smarte Parkbänke mit einem Stückpreis von schlappen 12.800 Euro, mit einer Mini-PV-Anlage oben auf dem Dach. Wenn Sie Glück haben, ist auch noch ein bisschen Strom für Ihr Handy da, und Sie bekommen dort dann kostenloses WLAN für 12.800 Euro. Wie lange hat die Bevölkerung auf solche Innovationen gewartet?

Nein, wir beantragen vielmehr, diese überflüssigen Spielereien zu beenden und haben ein Sparpaket von sage und schreibe 320 Millionen Euro vorgelegt. Dafür, Herr Optendrenk, müssen Sie Ihre Finger

nicht mehr in die Pensionskasse stecken und können das Geld dort belassen.

Das ist eine solide Finanzpolitik, die unseren Kindern und Enkelkindern zugutekommt. Eine solche Politik gibt es nur mit der AfD.

(Beifall von der AfD)

Kommen wir zur wirtschaftlichen Lage. Sie zwingen der Industrie und den Menschen mit Ihrer Politik einen Strukturwandel auf, den es in keinem anderen Industrieland auf dieser Welt so gibt. So hat die Bundesregierung die CO₂-freie Kernkraft verboten. Die Landesregierung will nun daneben die Kohlekraftwerke und den Tagebau 2030 schließen – in einem Industrieland, welches damit vom Wetter abhängig wird und bereits jetzt unter den höchsten Energiepreisen aller Industrienationen auf der Welt leidet. Die Folgen werden verheerend sein.

Doch schauen wir uns zunächst an, wie der letztlich politisch erzwungene Strukturwandel im Ruhrgebiet, in Duisburg, Gelsenkirchen, Dortmund funktioniert hat. Wir haben in Bayern eine Arbeitslosenquote von 3 %. Im gesamten Westdeutschland liegt sie bei 5 % und in diesen Städten bei 12 %, also viermal so hoch wie in Bayern. NRW ist damit das Musterbeispiel für eine politisch getriebene Industriezerstörung und eine massive Arbeitslosigkeit gerade bei den Industrierufenen.

Das ist übrigens besonders bitter für die ausländischen Mitbürger. Denn diese hatten die Möglichkeit, am Band in der Fabrik auch ohne perfekte Deutschkenntnisse zu bestehen. Doch nun fehlen diese Arbeitsplätze. Was das bedeutet, kann jeder bei den Arbeitslosenzahlen sehen: Die Arbeitslosenquote in NRW liegt bei den Deutschen bei 5 %, bei den Ausländern bei 20 %.

Eine zweite Zahl ist ebenfalls niederschmetternd für NRW. Wenn es um die Zukunft eines Landes geht, dann soll man sich vor allen Dingen einmal die Jugend anschauen. NRW hat mehr jugendliche Langzeitarbeitslose als alle ostdeutschen Bundesländer zusammen.

Die selbst ernannte Zukunftscoalition bedeutet daher nichts anderes als eine Zukunft in Arbeitslosigkeit. Doch die grüne CDU verdrängt dieses Problem. Dabei schreien es die Zeitungsberichte doch jeden Tag heraus: LANXESS entlässt 500 Mitarbeiter in Krefeld und Leverkusen. Die ehemaligen Mannesmann Röhrenwerke – heutzutage unter dem Namen Vallourec – entlassen 2.400 Mitarbeiter in Düsseldorf und Mülheim. 2023 gab es im ersten Halbjahr in NRW 20 % mehr Insolvenzen als im Vorjahreszeitraum. Jede Insolvenz bedeutet Arbeitslosigkeit, bedeutet einen schweren Schlag für die Arbeiter, für die Familien, die auf einen großen Teil ihres Haushaltseinkommens verzichten müssen.

Doch Hendrik Wüst schaut nur zu. Hendrik Wüst handelt nicht. Dabei sagt die Industrie klar, was zu tun wäre. Volker Backs, der Geschäftsführer von Speira, sagt – Zitat –:

„Die Rahmenbedingungen erlauben es uns nicht, Primäraluminium hier wirtschaftlich zu erzeugen. [...] Und wir glauben nicht, dass sich diese Rahmenbedingungen maßgeblich ändern werden. Deshalb fahren wir die Produktion herunter.“

Und weiter heißt es:

„Als Unternehmen brauchen wir Stabilität. [...] Wir treffen Investitionsentscheidungen für die nächsten 10, 20 Jahre, nicht für 2 oder 5 Jahre.“

Nach 61 Jahren geht in wenigen Tagen der letzte der 318 Öfen von Speira außer Betrieb, und 350 Mitarbeiter verlieren ihren Job.

Das Aluminium wird nun zukünftig importiert, beispielsweise aus China. Die Politik von Wüst führt also dazu, dass die CO₂-Emissionen aus NRW verschwinden und nach China ausgelagert werden. Damit rettet NRW aber nicht die Welt, sondern begeht einfach nur industriellen Selbstmord. China freut sich über die neuen Arbeitsplätze. In NRW hingegen werden die Arbeiter von den ehemaligen Volksparteien im Stich gelassen.

Die Lösung ist einfach, aber sie tut den selbst ernannten Klimarettern natürlich weh: Streichen Sie die Ausgaben für Klima-Klimbim. Fahren Sie alle Kraftwerke hoch, egal, ob Kernkraftwerke oder Kohlekraftwerke. Fördern Sie die Forschung für neue Kerntechnologie. Bauen Sie neue Kernkraftwerke. Schaffen Sie endlich das preistreibende CO₂-Zertifikatesystem im Strombereich ab. Streichen Sie alle unsinnigen CO₂-Steuern.

Für eine solche kraftvolle Politik steht die AfD zur Verfügung. Geben Sie sich einen Ruck. Für Gespräche stehen wir bereit. Denn AfD bedeutet eine Politik für Wohlstand, Freiheit und Vernunft. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Christof Rasche: Für die Landesregierung hat nun Frau Ministerin Mona Neubaur das Wort. Bitte sehr.

Mona Neubaur^{*)}, Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich steige mal anders ein. Das Beispiel „Speira“ ist ein sehr gutes dafür, wofür sich diese Landesregierung entschieden hat, nämlich nicht am Rand zu stehen und zuzugucken, wie die zukünftigen Weltmärkte von Regionen in anderen Ländern und deren Industrien geprägt werden, sondern dafür zu arbeiten, dass die klimafreundliche Technologie als Erstes in Nordrhein-

Westfalen entwickelt und Rohstoffleichtigkeit als Erfolgsmodell aus Nordrhein-Westfalen heraus ein Exportschlager wird.

Das ist Industriepolitik der Zukunft. Wir glauben an internationalen Handel. Wir wollen in der Europäischen Union bleiben. Die Partei der AfD will aus der Europäischen Union aussteigen und damit den größten Binnenmarkt unserer Wirtschaft und Industrie verlassen. Das ist es, was die AfD für unsere Wirtschaft tun will.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Andreas Keith [AfD]: Das ist das, was Sie sagen, aber nicht stimmt! Wir wollen die EU reformieren!)

Hinter uns liegt ein Jahr, das von Krisen geprägt war. Ein weiteres Jahr – so kann man das, glaube ich, beschreiben –, das wieder von Herausforderungen, von Krisen geprägt sein wird, kommt auf uns zu.

Wenn offenbar der Zustand der Krise das neue Normal ist, dann hat das gravierende Auswirkungen auf die Menschen im Land, und das erfordert eine Politik, die dem Rechnung trägt. Ich danke den Vertretern der demokratischen Fraktionen der Opposition dafür, dass Sie sich in Ernsthaftigkeit mit der wirtschaftlichen Lage in Nordrhein-Westfalen auseinandersetzen und nicht Panik schüren, sondern das gute Recht der oppositionellen Kritik nutzen. Die Lagebewertung teilen wir.

Wir schlagen mit dem Einzelplan 14 jetzt eine Politik vor, die fokussiert, die einen klaren Kurs vorgibt und auch die Prioritäten entsprechend setzt. Das ist genau unser Ansatz im Einzelplan 14.

Ich will deutlich sagen, dass die Haushaltssituation der öffentlichen Hand nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu großen Sorgen Anlass gibt. Die Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen sind noch nicht in Gänze absehbar, aber einfacher wird es nicht werden; das kann man so weit feststellen.

Das, was bundesweit unsere Wirtschaft belastet – vornehmlich die hohen Energiepreisen –, trifft Nordrhein-Westfalen in besonderem Maße, weil wir dieses starke industrielle Herz innerhalb der Bundesrepublik haben. Unser Land leidet aufgrund seiner Wirtschaftsstruktur mit vielen energieintensiven Unternehmen besonders unter der aktuellen Krise.

Das ist der kurze Bogen der letzten Jahre. Ich werde aber noch einen größeren Bogen schlagen.

Tatsächlich lässt sich die nordrhein-westfälische Wachstumsschwäche im Wesentlichen als eine langjährige schleichende Industriekrise charakterisieren. Der wirtschaftliche Vorsprung Nordrhein-Westfalens sinkt bereits seit den 1990er-Jahren. Dabei spielen viele Faktoren eine Rolle. Es handelt sich um eine Situation, deren Gründe abseits der politischen Folklore und der Tagespolitik liegen. Eine

alternde Gesellschaft und eine – na ja – gealterte Wirtschaft brauchen einen Jungbrunnen, brauchen Innovationen und Investitionen, und zwar klar adressiert.

Ich habe von meinem Vorgänger einen Einzelplan mit einer Investitionsquote von 31,5 % übernommen. Trotz herausfordernder Zeiten im Hinblick auf zur Verfügung stehende öffentliche Mittel haben wir in diesem Haushaltsentwurf eine Investitionsquote für den Einzelplan für Wirtschaft, Industrie und Mittelstand von 43,7 %. Wir setzen die Schwerpunkte richtig. Wir unterstützen Investitionen in die Wirtschaft.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Der Entwurf des Haushalts ist einerseits von der Krise geprägt, andererseits setzt er die richtigen Schwerpunkte gegen die Krise. Weil wir gegen die Krise aninvestieren wollen, wollen wir mehr Mittel für Klimaschutz und Energiewende und zur Förderung der Wirtschaft zur Verfügung stellen, und zwar insgesamt 636 Millionen Euro.

Ein neues Förderinstrument gerade für die mittelständischen Unternehmen, die bei der Transformation Unterstützung brauchen, wird Mitte 2024 einsatzbereit sein. Bis 2025 werden insgesamt 200 Millionen Euro zur Förderung unseres Mittelstands für die klimaneutrale Transformation zur Verfügung gestellt. Der Mittelaufwuchs ist nötig und nachhaltig; denn die Investitionen, die wir in diesen Bereichen jetzt tätigen, werden sich in Zukunft auszahlen.

Jedes Unternehmen, das wir bei der Transformation unterstützen, stützt seinerseits die Gesellschaft, indem es Wertschöpfung im Land hält und Arbeitsplätze hält oder schafft. In diesen Spirit, in diesen Unternehmerinnengeist, in das tausendfache Anpacken, durch das fleißige Hände und kluge Köpfe unser Land jeden Tag am Laufen halten, investieren wir.

Unsere Unternehmerinnen und Unternehmer wissen: Geschäftsbereiche mit Zukunft liegen in nachhaltigen Produkten und Prozessen. Die Unternehmen beschreiten diesen Weg der Transformation. Sie erfinden ihre Geschäftsmodelle neu. Dieser Haushalt, dieser Einzelplan macht Mut, indem er Unternehmen auf diesem Weg der Transformation unterstützt.

Vielfach ist die größte Landesförderung mit bis zu 700 Millionen Euro in die Ankertechnologie grüner Stahl angesprochen worden. Ich will festhalten: Alle demokratischen Fraktionen hier unterstützen dieses Vorhaben – im Bund wie im Land. Ich will noch eines sagen: Weil wir uns in der Landesregierung zusammen mit dem Bundeswirtschaftsminister richtig reingehängt haben, ist diese Förderung trotz des Bundesverfassungsgerichtsurteils sicher.

(Beifall von den GRÜNEN)

Mit diesen Förderungen stellen wir sicher, dass aus dieser Ankertechnologie heraus neue Wertschöpfungsketten für die für Nordrhein-Westfalen so wichtige metallverarbeitende Industrie, für unsere vielen Hidden Champions im Bereich der Automobilzulieferung entstehen können.

Wir wissen, dass Innovationen der Schlüssel für diese Transformation sind. Deshalb unterstützen wir im Innovationswettbewerb „Industrie.IN.NRW“ Investitionen in neue, nachhaltige und marktfähige Werkstoffe, Produkte und Verfahren. Das ist ein substanzieller Kern. Land und Europäische Union stellen dafür insgesamt 100 Millionen Euro zur Verfügung.

Das Kompetenzzentrum NRW.Innovativ vernetzt unser Innovationsökosystem. Wir stellen 11,2 Millionen Euro mehr – insgesamt 32,7 Millionen Euro – für die Förderung von Innovationen für das klimaneutrale Energie- und Wirtschaftssystem der Zukunft zur Verfügung.

Mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 4,2 Milliarden Euro ist das EFRE/JTF-Programm 2021 bis 2027 eines der bedeutendsten Förderangebote für Nordrhein-Westfalen. Auch daraus unterstützen wir zum Beispiel Innovationswettbewerbe wie „Energie.IN.NRW“. Das soll neue und innovative Lösungen der klimaneutralen Industrie sowie ein klimasicheres und die Versorgungssicherheit steigerndes Energiesystem der Zukunft absichern.

Wir haben im letzten Jahr bereits mit dem KMU-Starterpaket angefangen. Damit haben wir ein Finanzierungsprojekt in Arbeit – ich erwähnte es –, welches gerade dem Mittelstand zugutekommt. Wir unterstützen den Mittelstand nicht nur bei der Transformation zur Klimaneutralität. Wir stützen mit ganz konkreten Maßnahmen diejenigen, die auch in der Digitalisierung gerne unsere Unterstützung zum Beispiel im Kontext einer Cyberunsicherheit annehmen.

Ich komme zur Geothermie: 15 Millionen Euro zusätzlich für die Tiefengeothermie, 10 Millionen Euro für das Explorationsprogramm Geothermie. Die Mittel dienen in der Umsetzung, lieber André Stinka, den Stadtwerken, den Kommunen und den Unternehmen. Wir helfen den Kommunen vor Ort und lassen sie nicht im Stich. Die kommunale Wärmeplanung ist Aufgabe des Bundes! Ich erinnere an das Konnexitätsprinzip und will nur hoffen, dass schnellstmöglich im Bund eine Lösung gefunden wird, um die von Geywitz zugesagten 500 Millionen Euro tatsächlich für unsere Kommunen wirkmächtig werden zu lassen. Es hängt davon ab, dass der Bund eine Lösung findet.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

In der Frage eines starken Wirtschafts- und Industriestandortes ist Geld das eine. Aber wir werden nicht alles mit Geld machen können, damit wir sicher durch die Transformation kommen. Wir haben aus

dem Wirtschaftsministerium heraus aktiv und konstruktiv am Beschleunigungspakt der Bund und Länder mitgearbeitet. Wir werden jetzt sehr konkret in die Umsetzung kommen.

Es sei an der Stelle der deutliche Mittelaufwuchs für unser Wirtschafts-Service-Portal.NRW erwähnt. Dort finden jetzt über 400 Digitalisierungsmöglichkeiten von Prozessen zwischen Unternehmen und dem Land Nordrhein-Westfalen ihr Zuhause. Wir haben im vergangenen Jahr über 100 weitere Lösungen gefunden.

Wir verkürzen aus dem, was wir aus der Wind-Taskforce wissen, die Genehmigungsverfahren, und zwar nicht nur im Bereich der Erneuerbaren, sondern immer mit der Möglichkeit, unseren Unternehmen, unserer Wirtschaft und auch den Bürgerinnen und Bürgern zu sagen: Bei dem Tempo, bei dem Problemdruck, den wir als Standort gerade im internationalen Wettbewerb haben, und unter den Vorzeichen der Klimakrise – heute beginnt die Klimaschutzkonferenz – haben auch wir unser Tempo zu erhöhen. Deshalb arbeiten wir in breiter Allianz der Landesregierungen aktiv an der Entbürokratisierung und Entrümpelung von Verfahren. Die Digitalisierung hilft uns dabei. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir jetzt zur Abstimmung über die insgesamt 20 Änderungsanträge.

Ich beginne mit **Drucksache 18/7087**, Antragsteller ist die FDP. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das ist FDP. Wer lehnt ihn ab? – Das sind die Fraktionen von AfD, CDU, Grünen und SPD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser **Änderungsantrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7088, Antragsteller ist erneut die FDP. Wer stimmt zu? – Das sind FDP und die AfD. Wer lehnt ab? – SPD, Grüne und CDU. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Somit ist dieser **Änderungsantrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7089, Antragsteller FDP. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das ist die FDP. Wer lehnt diesen Antrag ab? – Das sind die Fraktionen von AfD, CDU, Grünen und SPD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser **Änderungsantrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7090, Antragsteller FDP. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von FDP und SPD. Wer lehnt diesen Antrag ab? – Das sind die Fraktionen von AfD, CDU und Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser **Änderungsantrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7091, Antragsteller ist erneut die FDP. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Die Fraktionen von FDP und AfD. Wer lehnt diesen Antrag ab? – Die Fraktionen von SPD, Grünen und CDU. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Der **Änderungsantrag ist abgelehnt**.

Drucksache 18/7092, Antragsteller FDP. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das ist die FDP. Wer lehnt diesen Antrag ab? – SPD, Grüne, CDU. Wer enthält sich? – Die AfD. Damit ist dieser **Änderungsantrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7093, Antragsteller FDP. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die SPD und die FDP. Wer lehnt diesen Antrag ab? – Die Fraktionen von CDU und Grünen. Wer enthält sich? – Die Fraktion der AfD. Damit ist **dieser Änderungsantrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7094, Antragsteller FDP. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Die Kollegen von SPD und FDP. Wer lehnt diesen Antrag ab? – Die Grünen, die CDU und die AfD. Damit ist dieser **Änderungsantrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7095, Antragsteller ist erneut die FDP. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von SPD und FDP. Wer lehnt ab? – Das sind Grüne und CDU. Wer enthält sich? – Das ist die AfD. Somit ist dieser **Antrag ebenfalls abgelehnt**.

Jetzt kommen wir zu elf Änderungsanträgen der AfD:

Drucksache 18/7123, Antragsteller AfD. Wer stimmt zu? – Das ist die AfD. Wer lehnt ab? – Die Fraktionen von FDP, CDU, Grünen und SPD. Gibt es Enthaltungen? – Nein. Damit ist dieser **Änderungsantrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7124, Antragsteller AfD. Wer stimmt zu? – Das ist die AfD. Wer lehnt ab? – FDP, CDU, Grüne, SPD. Gibt es Enthaltungen? – Gibt es nicht. Der **Änderungsantrag ist abgelehnt**.

Drucksache 18/7125, Antragsteller AfD. Wer stimmt zu? – AfD. Wer lehnt ab? – FDP, CDU, Grüne, SPD. Gibt es Enthaltungen? – Nein. Somit ist der **Änderungsantrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7126, Antragsteller AfD. Wer stimmt zu? – Die AfD-Fraktion. Wer lehnt ab? – SPD, Grüne, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Änderungsantrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7127, Antragsteller AfD. Wer stimmt zu? – Das ist die AfD. Wer lehnt ab? – SPD, Grüne, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Änderungsantrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7128, Antragsteller AfD. Wer stimmt zu? – Das ist die AfD. Wer lehnt ab? – FDP, CDU, Grüne, SPD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Änderungsantrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7129, Antragsteller AfD. Wer stimmt zu? – Zustimmung bei AfD. Wer lehnt ab? – SPD, Grüne, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Nein. Damit ist der **Änderungsantrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7130, Antragsteller AfD. Wer stimmt zu? – Das ist die AfD. Wer lehnt ab? – SPD, Grüne, CDU, FDP. Gibt es Enthaltungen? – Nein. Damit ist der **Änderungsantrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7131, Antragsteller AfD. Wer stimmt zu? – Das ist die AfD. Wer lehnt ab? – FDP, CDU, Grüne und SPD. Gibt es Enthaltungen? – Nein. Damit ist der **Änderungsantrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7132, Antragsteller AfD. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Die AfD. Wer lehnt ihn ab? – SPD, Grüne, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Änderungsantrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7133, Antragsteller AfD. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das ist die AfD. Wer lehnt ihn ab? – Die SPD, die Grünen, die CDU und die FDP. Gibt es Enthaltungen? – Die gibt es nicht. Damit ist dieser **Änderungsantrag abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Einzelplan 14 in unveränderter Form und damit über die Ihnen vorliegende Beschlussempfehlung. Wer stimmt diesem Einzelplan und der Beschlussempfehlung zu? – Das sind die CDU und die Grünen. Wer lehnt ihn ab? – Das sind die SPD, die FDP und die AfD. Wer enthält sich? – Das ist niemand. Damit ist der **Einzelplan 14 angenommen**.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir kommen zu:

Einzelplan 06 Ministerium für Kultur und Wissenschaft

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 18/6806. Ich darf zudem auf die in der aktuellen Tagesordnung zu diesem Einzelplan aufgeführten Änderungsanträge hinweisen.

Ich eröffne die Debatte für den Bereich:

a) Kultur

Ich gebe das Wort an Herrn Bialas von der Fraktion der SPD.

Andreas Bialas (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Andere Haushaltsbereiche wachsen, manche stagnieren, der für Kultur sinkt. Versprochen und niedergeschrieben im

Koalitionsvertrag vor nicht einmal anderthalb Jahren war eine 50%ige Steigerung des Kulturhaushaltes. Im vergangenen Jahr gab es den Ausstieg aus der linearen Erhöhung, in diesem Jahr gibt es den Rückfall des Kulturhaushaltes hinter den letzten der Vorgängerregierung aus dem Jahr 2022. Die Aussichten für 2025 werden bereits jetzt als noch bescheidener beschrieben.

Lassen Sie es mich deutlich sagen: Der Koalitionsvertrag ist gebrochen. Der Haushalt für Kultur entwickelt sich in die falsche Richtung. Diese Regierung ist kein verlässlicher Partner der Kultur in NRW mehr.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Auch enttäuschend, wenn ich mich nicht völlig verguckt habe: Es liegt kein einziger Änderungsantrag der regierungstragenden Fraktionen zum Kulturhaushalt vor. Dazu kann ich nur sagen: Diesen Fraktionen ist die Kultur keinen weiteren Euro wert. Das ist beachtlich und bedauerlich.

Ja, wir befinden uns in schwierigen Zeiten. Und ja, die Herausforderungen sind enorm. Keiner von uns ist blind. Aber gerade dann kürzt man nicht bei der Kultur. Gerade dann legt man nicht die Axt an die Wurzel, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt. Gerade dann stärkt man die Kultur.

Denn es geht doch bei der Kulturfinanzierung nicht um ein schön gesungenes hohes C; es geht um unser Miteinander, es geht darum, wofür wir das eigentlich alles machen. Es geht um uns, unsere Identität, unsere Bildung, unsere Werte, unsere Gemeinschaft.

(Beifall von der SPD)

In der vergangenen Legislatur haben wir einen deutlichen Aufwuchs erleben können. Wir haben eine Landesregierung erlebt, die den Künstler*innen und den Institutionen in der Not hilfreich zur Seite stand. Doch auch da wurden leider gesellschaftspolitisch relevante Themen nachrangig behandelt, die uns jetzt umso mehr vor die Füße fallen: Inklusion, Interkultur, Digitalität, Gender-Gerechtigkeit, Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Transformation, Diversität, Wissenschaftlichkeit, Strukturförderung, Soziokulturwissenschaftlichkeit, faire Honorarordnung – und da bin ich noch nicht einmal bei allen Themen, die durch das Kulturgesetz zusätzlich gesetzt wurden.

Bei Ihrem jetzt eingebrachten Haushalt kann keine Freude aufkommen. Aber ich sage auch ganz ehrlich: Ich kenne eine solche Situation. Die ist nicht schön, die ist richtig Mist. Daher wird es nun notwendig sein, dass die noch mäßig verfügbaren Gestaltungsräume sinnvoll genutzt werden, dass Prioritäten gesetzt werden, dass ein klarer Kompass besteht, wofür öffentliche Mittel verwendet werden, und dass auch über eine anderweitige Verteilung, ein Umsteuern nachgedacht werden muss. Wenn das Ihr Weg sein sollte, dann werden wir dort konstruktiv mittun.